

Nach den Silvester-Krawallen: Wegner fordert mehr Respekt für Berlins Helfer

Erschreckende Bilder erreichten Deutschland und die Welt in der Silvesternacht aus Berlin. Verstörte Polizisten berichteten über ein ungeahntes Ausmaß an Gewalt und Feuerwehrleute konnten nicht löschen, weil ohne Polizeischutz eine Anfahrt zum Brand unmöglich war. Die CDU-Fraktion versuchte im Innenausschuss über dutzende von Fragen eine Antwort zu finden und wurde ausgebremst durch die Koalitionsparteien von SPD, Grünen und Linke. Wenig Sachaufklärung gab es, dafür aber

jede Menge Hinweise, wie man mit den Krawallen korrekt umzugehen habe. Die grüne Spitzenkandidatin Bettina Jarasch betonte im rbb, dass ein Migrationshintergrund für die Problemlösung keinen Unterschied mache: „Diese Jugendlichen, die nächste Berliner Generation, hat überwiegend Migrationshintergrund. Daran sollten sich alle mal gewöhnen.“

Der Spitzenkandidat der CDU Berlin, Kai Wegner, betonte indes: „Je präziser wir den Täterkreis benennen, desto effektiver können



wir auch Präventionsangebote machen.“ Die Jugendlichen müssten „ein Gefühl für unsere Demokratie“ entwickeln und Respekt vor dem Rechtsstaat zeigen. Er schlug vor, dass mehr Polizisten und Feuerwehrleute in Schulen eingeladen werden sollen. Das fördere Respekt. Das gelte erst recht, wenn man dabei auf die Migrantinnenquote von 30 Prozent bei der Berliner Polizei hinweise. „Das kann man auch selbstbewusst sagen“, so Wegner. Stattdessen übe sich Rot-Grün-Rot immer wieder in Misstrauen gegen die Polizei, wie unlängst bei der Herausgabe einer Sprachfibel für diskriminierungsfreie Sprache.



Echt doof, ...

Wer versucht, die Berliner Grünen im Internet zu erreichen und ihren Wahlkampf-Slogan „zeit-fuergruen.berlin“ eingibt, wird mit einem Augenzwinkern begrüßt. Die Wahlkampfstrategen der CDU Berlin haben die Internetseite reserviert „bevor womöglich undemokratische Kräfte“ so ein CDU-Sprecher, „damit

Schindluder treiben“. Man erfährt dann sogleich: „Echt doof, wenn der Parkplatz blockiert ist, oder? Natürlich parken wir diese Domain gerne um zu den Berliner Grünen. Eine Spende an die Kältehilfe wäre toll, Deal?“ Auch der FDP erging es nicht anders. Bislang sind keinerlei Spenden bekannt geworden.



Berlin, das neue Bullerbü?



tionschef Werner Graf bekräftigt: „Wir wollen die Zahl der Parkplätze in Berlin halbieren.“

„Der Kampf der Grünen gegen Parkplätze ist unsozial. Gerade viele Gering- und Normalverdiener ohne Privatparkplatz oder Tiefgarage leiden unter dem Wegfall. Viele Berliner sind auf das Auto angewiesen, um Familie, Beruf und Einkäufe unter einen Hut zu bringen“, sagt dagegen Kai Wegner, CDU-Spitzenkandidat zur Abgeordnetenhauswahl. Er stellt klar: „Eine einseitige Politik gegen das Auto ist mit mir nicht zu machen. Angesichts steigender Einwohnerzahlen und Kfz-Zulassungen müssen wir unsere Verkehre neu und vor allem intelligent steuern. Das gelingt mit grünen Wellen und einem klugen Baustellenmanagement, mit Bonus-Prämien als Anreiz für die Baufirmen. Wir brauchen mehr Parkhäuser und Tiefgaragen. Mit mehr Park&Ride-Angeboten erleichtern wir Pendlern den Umstieg auf die Öffis.“

Bullerbü, ein Kinderbuch-Land-Idyll von Astrid Lindgren, ist das erklärte verkehrspolitische Ideal der Berliner Grünen. Bei einer wachsenden Stadt eine verwegene Vorstellung. Schon jetzt existiert der Radverkehrsplan des Senats, wonach Fahrradwege zwi-

schen 2 und 4 Meter breit und bis 2030 nahezu die Hälfte aller Berliner Straßen umgebaut sein sollen. „Wir müssen den knappen Straßenraum umverteilen“, sagt die Berliner Verkehrssenatorin und grüne Spitzenkandidatin Bettina Jarasch. Und der Grünen-Frak-

Enteignungen – heuchlerisch und schädlich

Es geht um 12 Millionen Euro. Eine Eigentümergemeinschaft aus Journalisten (Spiegel, Berliner Zeitung, taz, Süddeutsche Zeitung), die gern gegen Mieterhaie verbal ins Felde zog und wie eine ehemalige Chefredakteurin der Berliner Zeitung Wohnungen als Volkseigentum pries, soll mit Fördertricks mit einem Wohnhaus in Kreuzberg reichlich Geld gemacht haben. Heuchlerisch und schädlich – wie die gesamte Enteignungsdebatte. CDU-Generalsekretär Stefan Evers hat der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) vorgeworfen, in der Diskussion über die Enteignung großer Wohnungsunternehmen keine klare Haltung zu zeigen. „Es bleibt das Versäumnis von Frau Giffey,



diese Gespensterdebatte trotz angeblich roter Linie nicht beendet zu haben.“ Evers fordert einen Schluss der Enteignungsdrohungen: „Berlins Unternehmen brauchen in dieser schweren Zeit Rechtssicherheit und Planbarkeit.“ Die Enteignungsdebatte lähme vor allem das Vorankom-

men beim Bau neuer bezahlbarer Wohnungen. Durch Enteignungen lasse sich kein zusätzlicher bezahlbarer Wohnraum schaffen und auch der Mieterschutz nicht verbessern.

Zu unseren Ideen für Berlin:

<https://cdu.berlin/wahl2023>



IMPRESSUM

CDU-Landesverband Berlin
 Steifensandstraße 8, 14057 Berlin,
 Tel.: 030 32 69 04 -0, cduberlin@cdu.berlin;
 REDAKTIONSL EITUNG: Stefan Evers;
 CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze;
 SATZ/BILD: André Laurman-Urbanski